

„Staatlich rationierte Mangelversorgung“

Bayerns Wirtschaft spricht sich gegen die Bürgerversicherung aus

SPD und Grüne wollen mit dem Thema Bürgerversicherung im Wahlkampf punkten. Nicht nur aus Sicht der Zahnärzteschaft wäre die Abschaffung der privaten Krankenversicherung (PKV) und der GOZ fatal, auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) hat sich öffentlich gegen die Einheitsversicherung ausgesprochen. Wir sprachen mit vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt darüber, warum die Abschaffung der PKV für die bayerische Wirtschaft von Nachteil wäre.



Foto: vbw

„Allein in Bayern wären durch die Einführung einer Bürgerversicherung die Arbeitsplätze von 15 700 Menschen bedroht, die im Umfeld der privaten Krankenversicherung arbeiten“, warnt Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft im Interview mit dem BZB.

BZB: Die vbw positioniert sich im Vorfeld der Bundestagswahl sehr eindeutig in Sachen Gesundheitspolitik. Warum ist dieses Thema wichtig für die bayerische Wirtschaft?

Brossardt: Das hat vor allem zwei Gründe: Vertretbare Arbeitskosten am Standort sind ein wichtiges Anliegen. Die Lohnzusatzkosten spielen dabei eine große Rolle. Sie müssen dauerhaft unter der Marke von 40 Prozent bleiben. Andernfalls droht, dass Unternehmen Investitionen nicht mehr hier tätigen, sondern im Ausland. Damit die Lohnzusatzkosten im Rahmen bleiben, braucht es auch eine vernünftige Gesundheitspolitik. Der andere Punkt, warum uns die Gesundheitspolitik am Herzen liegt: Das Gesundheitswesen ist einer der größten Wirtschaftssektoren. Der Anteil der Gesundheitswirtschaft an der Gesamtwirtschaft beträgt zwölf Prozent. Rund sieben Millionen Menschen sind in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt – das ist jeder sechste Arbeitsplatz in Deutschland.

BZB: Die von SPD und Grünen propagierte Bürgerversicherung stößt auf große Zustimmung in der Bevölkerung. Wie kann man dem Durchschnittsbürger vermitteln, dass die Abschaffung der privaten Krankenversicherung insgesamt zu einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung führen würde?

Brossardt: Vor allem mit klaren Fakten. Zu den guten und nützlichen Strukturen unseres Gesundheitssystems gehört ganz klar der Systemwettbewerb zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung – er ist eine wichtige Grundlage

für die Stärke des deutschen Gesundheitswesens. Der Wettbewerb zwischen GKV und PKV fördert medizinische Innovationen und sorgt für ein höheres Leistungsniveau für alle Patienten – auch in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die PKV hat zudem eine stabilisierende Wirkung auf die Lohnzusatzkosten, weil der Arbeitgeberbeitrag für privatversicherte Arbeitnehmer häufig niedriger ausfällt als für freiwillig Versicherte in der GKV. Das bedeutet, dass den Arbeitgebern in Deutschland deshalb Lohnzusatzkosten in Höhe von mehr als 1,3 Milliarden Euro jährlich gar nicht erst entstehen. Davon entfallen auf bayerische Arbeitgeber rund 250 Millionen Euro pro Jahr. Geld, das für Investitionen der Unternehmen zur Verfügung steht. Die sogenannte „paritätische Bürgerversicherung“ würde dagegen zu deutlich höheren Beiträgen führen und Jobs kosten. Allein in Bayern wären die Arbeitsplätze von 15 700 Menschen bedroht, die im Umfeld der privaten Krankenversicherung arbeiten. Für die Patienten würde das den Einstieg in eine Einheitsversicherung bedeuten, bei der künftig staatlich rationierte Mangelversorgung das Bild bestimmen würde, wie ein Blick in die Gesundheitssysteme anderer Länder zeigt.

BZB: Welche Auswirkungen hätte Ihrer Ansicht nach eine einheitliche Gebührenordnung auf die medizinische und zahnmedizinische Versorgung?

Brossardt: De facto würde die Gleichmacherei den für alle lohnenden Systemwettbewerb zerstören.



Foto: beppphoto – stock.adobe.com

Die Lohnzusatzkosten der deutschen Arbeitgeber würden durch die Abschaffung der PKV um 1,3 Milliarden Euro steigen, warnt die vbw.

Die Folge wäre eine schlechtere Versorgung für die Patienten. Für die Zahnärzte und Ärzte würde es bedeuten, dass die notwendigen Mehreinnahmen durch PKV-Patienten wegfielen.

BZB: Die Bayerische Staatsregierung kämpft seit Längerem für eine Regionalkomponente im Gesundheitsfonds – leider erfolglos. Wie kann man diesen zweiten Länderfinanzausgleich in der nächsten Legislaturperiode beenden oder zumindest abmildern?

Brossardt: Der Gesundheitsfonds ist eine Fehlkonstruktion und muss dringend reformiert werden. Der Freistaat zahlt jährlich rund 1,7 Milliarden Euro mehr an Beiträgen in den Fonds hinein, als er wieder herausbekommt. Wir drängen deshalb auf eine Neuordnung über einen Regionalausgleich. Das muss die neue Bundesregierung anpacken. Die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds müssen nach einem Schlüssel erfolgen, der den unterschiedlichen regionalen Kostenniveaus und Lebensverhältnissen Rechnung trägt. Es gibt dorthin unterschiedliche Wege. Unser Vorschlag ist die Halbierung des Fonds und direkte Beitragszahlungen der Patienten an die Kassen. Damit wäre schon ein Großteil geschafft.

BZB: Welche Bedeutung hat die Gesundheitswirtschaft für den Wirtschaftsstandort Bayern?

Brossardt: Eine große. Allein in Bayern betragen die Gesundheitsausgaben im Jahr 2014 erstmals mehr als 50 Milliarden Euro. Pro Einwohner wurden damit 4.024 Euro für die Gesundheit ausgegeben. Die Gesundheitsausgaben im Freistaat entsprachen 9,7 Prozent des bayerischen Bruttoinlandsprodukts und gleichzeitig rund 15,5 Prozent der gesamtdeutschen Gesundheitsausgaben von 328 Milliarden Euro. Rund 855 000 Beschäftigte arbeiten in der bayerischen Gesundheitswirtschaft, das sind 11,8 Prozent aller Erwerbstätigen.

BZB: Sie fordern von den Versicherten mehr Eigenverantwortung. Wie könnte diese konkret aussehen?

Brossardt: Angesichts des demografischen Wandels werden wir nicht umhinkommen, unser Gesundheitssystem zu reformieren und dabei auch auf mehr Eigenverantwortung zu setzen. Das fängt beim eigenen gesundheitsbewussten Verhalten an und geht bis hin zu Zusatzversicherungen, die spezifische Behandlungsmethoden abdecken, die den einzelnen Versicherten besonders wich-

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Die vbw ist eine freiwillige, branchenübergreifende und zentrale Interessenvereinigung der bayerischen Wirtschaft. Sie vertritt 133 bayerische Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie 41 Einzelunternehmen.

tig sind. Der Patient wird künftig mehr und mehr auch sein eigener „Gesundheitsmanager“. Dies können Sie an den Steigerungen im Dritten Gesundheitsmarkt ebenso sehen wie an der immer weiteren Verbreitung von Gesundheitstrackern. Dieses gestiegene Gesundheitsbewusstsein muss sich niederschlagen im GKV-System mit einer Eigenbeteiligung, die aber durch einen Sozialausgleich abgepuffert werden muss. So könnte man mehr Kostenbewusstsein schaffen und den Zusammenhang zwischen Beiträgen und Leistungen wieder sichtbar machen.

BZB: 15 Millionen gesetzlich versicherte Patienten haben eine Zahnzusatzversicherung. Könnte das Vorbild für andere Medizinbereiche sein?

Brossardt: Das ist sicherlich ein großer Markt und auch für andere Medizinbereiche denkbar. Ich könnte mir so etwas auch im Pflegesystem sehr gut vorstellen, und mit dem „Pflege-Bahr“ gibt es ja Ansätze dazu. Leider ist das aber zu wenig verbreitet, auch deswegen, weil oft suggeriert wird, dass das Pflegerisiko über die gesetzliche Pflegeversicherung schon abgedeckt wäre.

BZB: Ihrer Ansicht nach werden einige Krankenkassen durch den Gesundheitsfonds benachteiligt. Wie könnte man hier gegensteuern?

Brossardt: Leider werden manche Krankenkassenarten systematisch schlechtergestellt – vor allem die Ersatzkassen und die Betriebskrankenkassen. Letztere sind in der Regel „nah“ an den Unterneh-

men und Versicherten und zeichnen sich deshalb durch eine sehr gezielte und wirksame Gesundheitsprävention aus. Um die Zuweisungen wieder gerechter zu machen, gibt es verschiedene Ansätze. Die schwersten Mängel des Morbi-RSA könnten bei den Zuweisungen für Krankengeld, den Verwaltungskosten und mit Wiedereinführung eines Hochrisikopools behoben werden. Zudem ist eine regionale Differenzierungsmöglichkeit dringend nötig. Diese könnte über einen Regionalfaktor im Morbi-RSA eingeführt werden. Wir präferieren jedoch eine grundsätzlichere Lösung: Mit dem Modell des Regionalen Gesundheits-Kombi und der damit einhergehenden Halbierung des Fonds würde die Hälfte der Beiträge direkt an die Kassen gehen und damit die Regionalisierung automatisch vollzogen.

BZB: Vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Leo Hofmeier.

Anzeige

EndoPilot

Die modulare Endo-Lösung:



Apex



EndoMotor



DownPack



BackFill



Pumpe



UltraSchall



Akku



Wireless

Neuheit auf der IDS'17



Schlumbohm

04324-89 29 - 0
www.endopilot.de